

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	22. Sitzung Hauptausschuss
	Termin:	16. Mai 2017, 16:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Großer Sitzungssaal, Rathaus Marktplatz
	Vorsitzende/r:	Erster Bürgermeister Wolfram Jäger

3.

**Punkt 3 der Tagesordnung: Unangemessenes Verhalten gegenüber Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung und städtischen Gesellschaften:
Ergebnisse der Schnellumfrage unter den Dienststellen und städtischen Gesellschaften mit Publikumsverkehr im März 2017:
Vorstellung der Umfrage und ihrer Ergebnisse
Vorlage: 2017/0258**

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt die Ergebnisse zum Thema „Unangemessenes Verhalten gegenüber Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung und städtischer Gesellschaften mit Publikumsverkehr“ zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Kenntnisnahme

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 3 zur Behandlung auf und führt kurz in das Thema ein.

Wenn man in den Lokalteil der heutigen BNN schaue, sehe man, wie aktuell dieses Thema sei. Eine Mitarbeiterin des gemeindlichen Vollzugsdienstes sei von einem Autofahrer, dessen verbotswidriges Parken festgestellt wurde, angefahren worden. Juristisch betrachtet handle es sich um einen Verbrechenstatbestand. Hier sei man als öffentlicher Arbeitgeber gefragt.

Frau Dr. Wiegelmann-Uhlig (AfStA) erläutert die Ergebnisse der Umfrage anhand einer PowerPoint-Präsentation (s. Anlage).

Stadtrat Marvi (SPD) hält die vorgelegten Zahlen für erschreckend. Es mache betroffen, was im Publikumsverkehr zum Leid der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung stattfinde. Er begrüße es, dass die Stadt Karlsruhe als Arbeitgeber diese Diskussion öffentlich führe und die Umfrage ernst nehme. Wichtig sei, als Gemeinderat ein solidarisches Zeichen zu setzen und sich hinter die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu stellen. Entscheidungen und Regeln seien von der Bürgerschaft zu akzeptieren. Die Vermittler dieser Entscheidungen dürfen nicht in ihrer Menschenwürde degradiert werden.

Stadtrat Konrad (GRÜNE) merkt an, eine Verrohung im zwischenmenschlichen Umgang sei überall festzustellen. In sozialen Medien gebe es ein ähnliches Phänomen. Als Arbeitgeberin habe die Stadt Karlsruhe eine besondere Verantwortung. Die Fürsorgepflicht für die Mitarbeitenden sei immens wichtig. Man dürfe nichts unversucht lassen, die Leute zu schützen. Psychische Erkrankungen seien auf dem Vormarsch, was stark mit Stress bei der Arbeit zusammenhänge. Man wolle ein Zeichen an die Verwaltung senden, dass man hinter den Zuständigen stehe. Auch müsse man weitere Maßnahmen ergreifen und schauen, wie es sich in den einzelnen Dienststellen und Gesellschaften weiter entwickle. Wichtig sei auch zu beobachten, welche dieser Maßnahmen effektiv seien.

Stadtrat Pfannkuch (CDU) möchte wissen, ob man das Gefühl habe, dass dies eine Entwicklung sei, die weiter zunehme in negativer Weise. Richtig sei, in den sozialen Medien sei man ungehemmter. Im persönlichen Gegenüber der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sei es noch einmal eine ganz andere Dimension.

Stadtrat Hock (FDP) meint, es sei klar, dass man das, was heute vorgetragen wurde, kritisch betrachten müsse. Man dürfe nicht nur darüber reden, sondern müsse Entscheidungen treffen. Es gebe Dienststellen wie das Klinikum, bei dem man schon an dem Punkt sei, dass man eine Zugangskontrolle benötige. Es könne nicht sein, dass Menschen, die anderen helfen möchten, körperlich angegangen werden.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD) fragt, ob unter schriftliche Bedrohung auch E-Mails fielen. Könne man die Kosten beziffern, die durch zusätzliche Schutzmaßnahmen entstünden, beispielsweise durch Sicherheitsdienste, zusätzliche Investitionen, die erforderlich seien, um die Mitarbeitenden zu schützen.

Der Vorsitzende antwortet, E-Mail-Verkehr werde ebenso als schriftlicher Verkehr bewertet. Es sei schwierig, die Kosten detailliert aufzulisten. Es gebe verschiedene Dienststellen und Gesellschaften, bei denen durch Sicherheitsdienste Kosten anfielen. Man sei dabei, ein Netz von Möglichkeiten aufzubauen über das Thema Arbeitssicherheit, dass beispielsweise der Arbeitsplatz über technische Möglichkeiten gesichert werde.

Stadtrat Wohlfeil (KULT) bittet zu erfahren, was unter Verbreitung von Unwahrheiten zu verstehen sei.

Der Vorsitzende entgegnet, man werde die Details im nichtöffentlichen Teil des Hauptaustausches besprechen.

Stadtrat Kalmbach (GfK) interessiert, wie ermittelt wurde, dass Mitarbeitende durch diese Vorkommnisse psychisch belastet seien.

Frau Wiegelmann-Uhlig (AfStA) antwortete, man habe die Geschäftsführer und Amtsleitungen nach ihrer Einschätzung befragt, inwieweit Mitarbeitende psychisch durch den Publikumsverkehr eingeschränkt seien.

Der Vorsitzende stellt, nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, die Kenntnisnahme der Vorlage fest.

Er schließt mit Dank den öffentlichen Teil der Sitzung und bittet, die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

Schluss der öffentlichen Sitzung: 17:10 Uhr

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
24. Mai 2017